



Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Standard- und Muster-Verordnung 2004, Fassung vom 24.05.2018

Langtitel

Verordnung des Bundeskanzlers über Standard- und Musteranwendungen nach dem Datenschutzgesetz 2000 (Standard- und Muster-Verordnung 2004 – StMV 2004)
StF: [BGBl. II Nr. 312/2004](#)

Änderung

[BGBl. II Nr. 255/2009](#)

[BGBl. II Nr. 152/2010](#)

[BGBl. II Nr. 105/2011](#)

[BGBl. II Nr. 306/2012](#)

[BGBl. II Nr. 213/2013](#)

[BGBl. II Nr. 514/2013](#)

[BGBl. II Nr. 278/2015](#)

[BGBl. II Nr. 176/2017](#)

[BGBl. I Nr. 120/2017](#) (NR: GP XXV [RV 1664 AB 1761 S. 190](#). BR: [9824 AB 9856 S. 871](#).)

[CELEX-Nr.: [32016L0680](#)]

Präambel/Promulgationsklausel

Auf Grund des § 17 Abs. 2 Z 6 und des § 19 Abs. 2 des Datenschutzgesetzes 2000 (DSG 2000), [BGBl. I Nr. 165/1999](#), zuletzt geändert durch das Bundesgesetz [BGBl. I Nr. 136/2001](#), und § 9 Abs. 2 des E-Government-Gesetzes (E-GovG) [BGBl. I Nr. 10/2004](#), wird verordnet:

Text

§ 1. (1) Die in **Anlage 1** enthaltenen Datenanwendungen gelten als nicht meldepflichtige Standardanwendungen im Sinne des § 17 Abs. 2 Z 6 DSG 2000.

(2) Die in **Anlage 2** enthaltenen Datenanwendungen gelten als gemäß § 19 Abs. 2 DSG 2000 vereinfacht zu meldende Musteranwendungen.

§ 2. (1) Die in den Anlagen 1 und 2 enthaltenen Standard- oder Musteranwendungen umfassen auch Datenverwendungen in Form von freien Texten oder maschinenlesbaren Bilddateien, also auch die automationsunterstützte Erstellung und Archivierung solcher Textdokumente.

(2) Die in der Anlage 2 für Zwecke der Registrierung allgemein beschriebenen Übermittlungen sind im einzelnen Übermittlungsfall jeweils nur insoweit zulässig, als für diesen Fall eine Rechtsgrundlage gemäß den §§ 6 bis 9 DSG 2000 besteht.

§ 3. Bei den in dieser Verordnung verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für beide Geschlechter.

§ 4. Vor In-Kraft-Treten dieser Verordnung als Musteranwendungen registrierte Datenanwendungen gelten weiterhin als registrierte Musteranwendungen, sofern sie nicht gemäß **Anlage 3** als Standardanwendung im Sinne des § 1 Abs. 1 übergeleitet und daher nicht mehr Bestandteil des Datenverarbeitungsregisters sind.

§ 5. (1) Diese Verordnung tritt mit 1. August 2004 in Kraft.

(2) Mit In-Kraft-Treten dieser Verordnung tritt die Standard-Verordnung, [BGBl. II Nr. 201/2000](#), zuletzt geändert durch die Verordnung [BGBl. II Nr. 205/2004](#), außer Kraft.

Anlage 1

Hinweis: Bei den in der Anlage enthaltenen Empfängerkreisen, die mit einem Stern (*) gekennzeichnet sind, ist die Übermittlung und Überlassung auch in Drittstaaten ohne angemessenen Datenschutz (§ 12 Abs. 2 DSG 2000) zulässig. Bei allen anderen Empfängerkreisen ist nur die Übermittlung innerhalb von Österreich, sowie die Übermittlung und Überlassung in Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder in Drittstaaten mit angemessenem Datenschutz zulässig.

Inhaltsverzeichnis

SA001	Rechnungswesen und Logistik
SA002	Personalverwaltung für privatrechtliche Dienstverhältnisse
SA003	Mitgliederverwaltung
SA004	Abgabenverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände
SA005	Haushaltsführung der Gebietskörperschaften und sonstigen juristischen Personen öffentlichen Rechts
SA006	Geschworenen- und Schöffenverzeichnisse
SA007	Verwaltung von Benutzerkennzeichen
SA008	Personenstandsbücher
SA008a	Personenstandsregister
SA009	Staatsbürgerschaftsevidenz
SA009a	Staatsbürgerschaftsregister
SA010	Melderegister
SA011	Wählerevidenz, Wählerverzeichnisse und Stimmlisten
SA012	Europa-Wählerevidenz und Wählerverzeichnisse
SA013	Personalverwaltung des Bundes und der bundesnahen Rechtsträger
SA014	Inventarverwaltung der öffentlichen Auftraggeber
SA015	Personalverwaltung der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände
SA016	Mitglieder- und Funktionärsdatenverwaltung der Wirtschaftskammerorganisation
SA017	Verwaltung von Entsendungsdaten der Wirtschaftskammerorganisation
SA018	Wirtschaftskammerorganisation: Betreuung von Mitgliedern, künftigen Mitgliedern und Interessenten im In- und Ausland
SA019	Präsenz- und Zivildienstbefreiungen von Mitarbeitern in Mitgliedsunternehmen der Wirtschaftskammer
SA020	Lehrstellenbörse der Wirtschaftskammer
SA021	Statistik der Wirtschaftskammerorganisation
SA022	Kundenbetreuung und Marketing für eigene Zwecke
SA023	KFZ-Zulassung durch Behörden
SA024	Patienten-/Klientenverwaltung und Honorarabrechnung der Gesundheitsdiensteanbieter
SA025	Evidenzen der Schüler und Studierenden sowie Evidenz über den Aufwand für Bildungseinrichtungen
SA026	Verrechnung ärztlicher Verschreibungen für Rechnung begünstigter Bezieher durch Apotheken
SA027	Verrechnung ärztlich verordneter Heilbehelfe und Hilfsmittel durch Gewerbetreibende
SA028	Verrechnung ärztlich verordneter Behandlungen und diagnostischer Leistungen durch freiberuflich tätige Angehörige der medizinisch technischen Dienste, klinischen Psychologen und Psychotherapeuten
SA029	Aktenverwaltung (Büroautomation)
SA030	Öffentlichkeitsarbeit und Informationstätigkeit durch öffentliche Funktionsträger und deren Geschäftsapparate
SA031	Vereinsregister
SA032	Videoüberwachung
SA033	Datenübermittlung im Konzern
SA034	Unterstützungsbekundungen einer Europäischen Bürgerinitiative

23	Wohnsitz	3 (mangels eines Wohnsitzes die Zustelladresse, die für das Ergänzungsregister angegeben wurde)
24	Staatsangehörigkeit	3
25	Bei Fremden die Daten des zur Identitätsfeststellung vorgewiesenen Reisedokuments	3
26	Anschrift	1, 2
27	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	1, 2

Empfängerkreise:

- 1 Buchhaltung zur Mitwirkung bei der Inventarüberprüfung gemäß § 16 in Verbindung mit § 105 Abs. 7 Z 3 BHV 2009 bzw. entsprechende Prüfinstanzen der Länder und Gemeinden für die Inventarverwaltung der Landes- und Gemeindedienststellen;
- 2 Beteiligte Dienststellen des Bundes im Wege über das Bundesministerium für Finanzen im Falle des Sachgüteraustausches des Bundes gemäß § 58 Abs. 4 BHG bzw. beteiligte Dienststellen der Länder und Selbstverwaltungskörper für deren Sachgüteraustausch;
- 3 Stammzahlenregisterbehörde im Rahmen ihrer Befugnisse nach dem E-Government-Gesetz.

SA015 Personalverwaltung der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände

Zweck der Datenanwendung:

Verwendung und Evidenthaltung dienstrechtlicher, besoldungsrechtlicher, ausbildungsbezogener und sonstiger mit dem Beschäftigungsverhältnis in unmittelbarem Zusammenhang stehender personenbezogener Daten von öffentlich Bediensteten und sonstigen von den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden besoldeten Personen (wie z. B. von Beamten, Vertragsbediensteten, Personen in Ausbildung, Aushilfskräften, aber auch von Landtagsabgeordneten, Gemeinderatsmitgliedern und sonstigen Funktionären) sowie von Volontären und Zivildienern (jeweils ohne Entgeltbezug) durch die Dienstbehörden und Personalstellen zum Zweck von Einzelpersonalmaßnahmen und von statistischen Auswertungen, einschließlich automationsunterstützt erstellter und archivierter Textdokumente (wie z. B. Korrespondenz) in diesen Angelegenheiten; Verwendung und Evidenthaltung von personenbezogenen Daten über den Eintritt des Versicherungsfalles zum Zweck der Mitteilung an die Versicherungsanstalt; Verwendung und Evidenthaltung arbeitsrechtlicher, ausbildungsbezogener und sonstiger mit dem Beschäftigungsverhältnis in unmittelbarem Zusammenhang stehender personenbezogener Daten der Beschäftigten von Rechtsträgern, die durch Ausgliederung aus der Landes- oder Gemeindeverwaltung entstanden sind, zum Zweck von Einzelpersonalmaßnahmen und von statistischen Auswertungen, einschließlich automationsunterstützt erstellter und archivierter Textdokumente (wie z. B. Korrespondenz) in diesen Angelegenheiten;

Übermittlung von personenbezogenen Daten von öffentlich Bediensteten, sonstigen von den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden besoldeten Personen und von Beschäftigten von Rechtsträgern, die durch Ausgliederung aus der Landes- oder Gemeindeverwaltung entstanden sind, zum Zweck der Veröffentlichung im Internet;

Verwendung und Evidenthaltung von personenbezogenen Daten von Bewerbern, wenn diese Daten vom Betroffenen angegeben wurden.

Rechtsgrundlagen der Anwendung sind insbesondere die folgenden Gesetze und Verordnungen (in der geltenden Fassung):

Landesrechtliche Vorschriften über Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrecht für Beamte einschließlich Verordnungen der Städte und Gemeinden, über Dienst- und Besoldungsrecht für Vertragsbedienstete einschließlich Verordnungen der Städte und Gemeinden, über Kranken- und Unfallfürsorge für Beamte und Landeslehrer, über Personalvertretungsrecht, über Bezüge von Mandataren und Funktionären und über dem Rechnungshof vergleichbare Kontrolleinstellungen auf Landes- und Gemeindeebene;

Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984 (LDG 1984), BGBl. Nr. 302; Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985 (LLDG 1985), BGBl. Nr. 296; Landesvertragslehrpersonengesetz (LLVG), [BGBl. Nr. 244/1969](#); Landesvertragslehrpersonengesetz 1966 (LVG), BGBl. Nr. 172; Bundes-Personalvertretungsgesetz (PVG), [BGBl. Nr. 133/1967](#); E-Government-Gesetz (E-GovG), [BGBl. I Nr. 10/2004](#); Heeresgebührengesetz 2001 (HGG 2001), BGBl. I Nr. 31; Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), [BGBl. Nr. 189/1955](#); Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz

(B-KUVG), [BGBl. Nr. 200/1967](#); Einkommensteuergesetz 1988 (EStG 1988), BGBl. Nr. 400; Mutterschutzgesetz 1979 (MschG), BGBl. Nr. 221, und vergleichbare landesrechtliche Vorschriften; Karenzurlaubsgeldgesetz, [BGBl. Nr. 359/1974](#), und vergleichbare landesrechtliche Vorschriften; Rechnungshofgesetz 1948, BGBl. Nr. 144; Bezügebegrenzungs-BVG (BezBegrBVG), [BGBl. I Nr. 64/1997](#); Behinderteneinstellungsgesetz (BEinstG), [BGBl. Nr. 22/1970](#); Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG), [BGBl. Nr. 22/1974](#); Betriebsrats-Wahlordnung 1974 (BRWO 1974), BGBl. Nr. 319; Gehaltsgesetz 1956 (GehG), BGBl. Nr. 54; Vertragsbedienstetengesetz 1948 (VBG), BGBl. Nr. 86; Pensionskassengesetz (PKG), [BGBl. Nr. 281/1990](#);

Zustimmung der Bewerber (§§ 8 Abs. 1 Z 2 und 9 Z 6 DSGVO 2000).

Höchstdauer der zulässigen Datenaufbewahrung:

Entsprechend den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.

Betroffene Personengruppen:	Nr.:	Datenarten:	Empfängerkreise:
Bezug-/Entgelt-Empfänger; Volontäre und Zivildienstler (jeweils ohne Entgeltbezug):		Identifikation:	
	01	Ordnungszahl	1 – 25, 29
	02	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Personalverwaltung (PV)	1 – 27
	03	Verschlüsseltes bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Geschäftsführende Bank (soweit eingerichtet)	1
	04	Verschlüsseltes bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Sozialversicherung (SV)	4
	05	Verschlüsseltes bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Steuern und Abgaben (SA)	5, 12
	06	Verschlüsseltes bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Amtliche Statistik (AS)	28
	07	Verschlüsseltes bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Personalverwaltung (PV)	28
	08	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen des Organwalters (§ 13 Abs. 1 E-GovG)	27, 37
	09	Name	1 – 19, 21 – 27, 29, 36
	10	Frühere Namen (Namensteile)	4, 6, 7, 9, 15, 17, 19, 22, 24, 25, 27
	11	Geburtsdatum	3 – 11, 13 – 19, 22, 24, 27 – 29
	12	Geburtsort und -land	4, 6, 7, 9, 14, 15, 19, 22, 24, 27, 28
	13	Staatsangehörigkeit	4, 6, 7, 9, 14, 15, 19, 24, 27, 28
	14	Geschlecht	4, 6, 7, 9, 11, 15, 19, 22, 24, 27, 28, 36
	15	Personenstand	4 – 7, 9, 11, 19, 27, 28
	16	Anschrift	3 – 7, 9 – 11, 13, 15, 19, 21, 22, 24, 27, 29
	17	Wohnsitz	27 (mangels eines Wohnsitzes die Zustelladresse, die für das Ergänzungsregister angegeben wurde), 28
	18	Bei Fremden die Daten des zur Identitätsfeststellung vorgewiesenen Reisedokuments	27
19	Private Telefonnummer/Private E-Mail-Adresse (nach Bekanntgabe des Betroffenen)	---	

20	Name, Sozialversicherungsnummer des (Ehe- oder eingetragenen) Partners	4 - 7, 9, 11, 19
21	Staatsangehörigkeit des (Ehe- oder eingetragenen) Partners	4 - 7, 9, 11, 19
22	Name, Sozialversicherungsnummer bzw. Geburtsdatum der Kinder, Unterbringungsort des Kindes	4 - 7, 9, 11, 19
23	Erwerbsminderung (Amtsbescheinigung, Opferausweis und sonstige Bescheinigungen, Leistungsbezug)	6, 7, 9, 13, 14, 19
24	Gesetzlicher Vertreter, Sachwalter	---
	Dienstkarte:	
25	Dienst- bzw. Personalnummer	20, 21
26	Lichtbild des Betroffenen	20, 21, 23
27	Gültigkeit der Dienstkarte	20, 21
28	Anlass und Datum der Ausfertigung der Dienstkarte oder des Lichtbildes	---
29	(Eingesanntes Bild der) Unterschrift	---
30	Zutrittsberechtigung zu Gebäuden und abgegrenzten Bereichen des Auftraggebers	---
31	Zahlungsfunktion in der Betriebsküche des Auftraggebers	---
	Vorbildung:	
32	Vorbildung	6, 7, 9, 15, 19
	Dienstliche Stellung:	
33	Amtstitel und Verwendungs-/Funktionsbezeichnung	6, 7, 9, 14, 15, 19 - 24, 26, 36
34	Auszeichnungen (Berufstitel, Orden, Ehrenzeichen)	6 - 9, 15, 19, 21, 36
35	Vordienstzeiten	6, 7, 9, 15, 19
36	Vorrückungstichtag, Stichtag zur Erlangung der Dienstalterszulage	6 - 9, 15, 19
37	Urlaubstichtag	6, 7, 9, 19
38	Basisdatum für Dienstjubiläum	6, 7, 9, 19
39	Beginn und Ende des Beschäftigungsverhältnisses/der Funktion	4, 6 - 9, 11, 13, 14, 19, 29
40	Art der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses/der Funktion	6, 7, 9, 11, 16, 19
41	Daten zum Arbeitsvertrag (insbesondere Befristungen und Probezeit)	6, 7, 9, 11 (soweit zur Abklärung von Beiträgen und Ansprüchen erforderlich), 13, 14, 19
42	Daten der Beschäftigungsbewilligung	9, 16
43	Sonstige Laufbahndaten	6 - 9, 15, 19
44	Art der Verwendung/der Funktion, Vollmachten und Vertretungen	1, 6 - 9, 12, 14 - 19, 26
45	Dienstbehörde (Straße und Hausnummer, Adresse, Postleitzahl, Ort, Ländercode, Land, Verwaltungskennzeichen der zugeordneten Organisationseinheit), Personalstelle, Personalzuständigkeit	1 - 26, 28, 36
46	Weitere Dienstbehörden/Personalstellen	11, 17
47	Ort (Dienststelle) der Verwendung	1 - 24, 26, 36
48	Telefon- und Faxnummer und andere zur Adressierung im Rahmen der Funktion erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	1 - 24, 26, 36
49	Arbeitsplatzkennzeichnung, Planstelle, Planstellenbereich	6, 7, 9, 19
50	Arbeitsplatzwertigkeit	6, 7, 9, 19
51	Leistungsfeststellung	6, 7, 9, 15, 19
52	Beschäftigungsrelevante Daten gemäß dem B-BSG, ASchG, Tuberkulosegesetz und ähnlichen Rechtsvorschriften	---
53	Sicherheitsüberprüfung Verlässlichkeitsprüfung	---

54	Nebentätigkeit	7, 19, 22
55	Nebenbeschäftigung	7, 19, 22
	Arbeitszeit:	
56	Daten zur Arbeitszeit, „Arbeitszeitmodelle“ (Gleitzeitverwaltung, Zeitausgleich, Teilzeit)	6, 28
57	Arbeitszeiterfassung	6
58	Krankenstände	4, 6, 7, 9, 19
59	Krankenhausaufenthalt (z. B. gemäß § 58 B-KUVG)	30
60	Dienstfreistellungen (z. B. als politischer Funktionär, Gewerkschaftsfunktionär oder Personalvertreter)	6, 7, 9, 19, 24
61	Unentschuldigte Abwesenheiten	6, 7, 9, 19
62	Kuraufenthalte, Pflegefreistellungen, Erholungsurlaube	4, 6, 7, 9, 19
63	Gründe sonstiger Abwesenheiten, wie insbesondere Karenzurlaube, Sonderurlaube, Dienstfreistellungen, Präsenzdienst, Ausbildungsdienst, Zivildienst	4, 6, 7, 9, 11, 19, 24, 28
64	Voraussichtlicher Entbindungstermin	4, 7, 16
65	Dienstliche Aus- und Weiterbildung	6, 7, 9, 19
66	Religionsbekenntnis (zur Abwesenheitsverwaltung), nach Angabe des Betroffenen	---
67	Daten zu Dienstreisen	17
68	Mutterschutz und Beschäftigungsverbot	---
	Personalentwicklung:	
69	Ausbildungsdaten	6, 7, 9, 15, 17 - 19, 35
	Besoldungsrechtliche Stellung:	
70	Sozialversicherungsnummer	3 - 7, 9 - 13, 17 - 19, 25, 29, 35
71	Monatsbezug/Monatsentgelt	1 - 7, 9, 11, 18, 19, 22, 24
72	Bezugszettel(-daten), elektronischer Entgeltnachweis	1 - 3, 11, 19
73	Besoldungsrechtliche Einstufung	6, 7, 9, 15, 19
74	Merkmale für die Sozialversicherungsbeitragsberechnung (z. B. Sozialversicherungsträger, Überweisungsdaten, Krankenversicherungsdaten, Pensionsversicherungsdaten)	4, 6, 7, 10, 11 (soweit zur Abklärung von Beiträgen und Ansprüchen erforderlich), 19
75	Betriebliche Vorsorge: BVK-Leitzahl BV-Beitragsgrundlage (inklusive Sonderzahlungen) Beitragshöhe gemäß BMSVG (Gruppensumme) Beginn und Ende der BV-Beitragszahlung (Stichtag) Eingezahlter Betrag an BV BV-Beitragszeiten (Beitragsmonat von - bis) Vordienstzeiten (bei Übertritt ins neue Abfertigungsmodell) Übertragungsbetrag an die BVK und Zahlungsmodus Zuordnung zu Dienstgeberkontonummer Abmeldegründe (z. B. Unterbrechung der Beitragszahlungen durch Karenzurlaub)	4, 5, 25 4, 5, 25 4, 5, 25 4, 5, 25 4, 5, 25 4, 5, 25 25 25 25 4, 25
76	Pensionskasse: Vorsorgemodell und Bedienstetengruppe Beitragsleistung (z. B. Beginn, Ende, Höhe, Arbeitgeberbeiträge, Höhe Eigenbeiträge) Staatliche Prämienförderung (z. B. Antrag, Unterschriftsdatum) Leistungsansprüche gegenüber der Pensionskasse (z. B. Beendigungsgrund, Erfüllung von Anspruchsvoraussetzungen)	11 11 11 11
77	Schwerarbeitszeiten	4
78	Merkmale für die Lohnsteuerberechnung (z. B. Art der Steuerpflicht, Steuerfreibetrag)	4 - 7, 11, 19

	79	Weitere Merkmale für die Bezugsberechnung und Abrechnung (z. B. Beschäftigungsausmaß, Sonderzahlung, eventuell Kommunalsteuer, Kammerumlage)		4 - 7, 11, 12, 19
	80	Höhe des Gewerkschaftsbeitrages, Bezeichnung und Adresse des Empfängers (nach Bekanntgabe des Betroffenen)		1, 24
	81	Forderungen an den Bezugsempfänger, Daten zur Pfändung und Exekution		3, 19
	82	Lohnkonto (Lohnzettelwerte)		5, 19, 22
	83	Bankverbindung		1, 6, 7, 11, 19
	84	Personalkostenzuordnung (Buchungskreise und Kostenstelle)		---
	85	Refundierungen (z. B. von ausgegliederten Rechtsträgern), Refundierungsträger		17
	86	Bezugsvorschüsse		6, 17
	87	Abzüge für Nutzung von Dienstgebereigentum (z. B. Dienstwohnung)		6, 17
	88	Daten zur Bezügebegrenzung (gemäß Teilpensionsgesetz; §§ 3, 6, 7 und 32 BPGG; §§ 4, 5, 8 BezBegrBVG)		22
	89	Pensionskonto öffentlich-rechtlicher Bediensteter (eingezahlte Beiträge, Teilgutschrift, Gesamtgutschrift)	---	
		Nebengebühren:		
	90	Nebengebühren und sonstige Geldleistungen (z. B. Reisegebühren, Jubiläumszuwendungen, Abfertigungen, Pflegegeld, Karenzgeld, Zeitkontingentabgeltungen, Kürzungen des Pflegegeldes wegen Krankenhausaufenthalt, Fahrtkostenzuschuss)		1, 2, 4, 6, 7, 9, 17, 19
		Sonstiges:		
	91	Sonstige persönlich zugewiesene Sachmittel und -behelfe		---
	92	Sonstige Daten zu dienstrechtlichen Verfahren		6
	93	Sonstige Daten im Rahmen der Zukunftssicherung gemäß § 3 Abs. 1 Z 15 lit. a EStG 1988 (z. B. Art der Versicherung, Versicherungsanstalt, Polizzennummer, Bankverbindung der Versicherungsanstalt, Höhe der Zuwendung)		29 (soweit zum Zweck der Durchführung der Zuwendung für die Zukunftssicherung erforderlich)
	94	Disziplinarangelegenheiten (z. B. rechtsfreundliche Vertretung, Disziplinarvorwurf, Mitarbeiterbeurteilung, Zeugen)		31 - 34
	95	Kostenstellen- und Produktdaten (Leistungs- und Kostenrechnung)		6, 7
Bewerber:	96	Ordnungszahl(en)		19
	97	Name (wenn vom Betroffenen angegeben)		19
	98	Geburtsdatum (wenn vom Betroffenen angegeben)		19
	99	Staatsbürgerschaft (wenn vom Betroffenen angegeben)		19
	100	Geschlecht (wenn vom Betroffenen angegeben)		19
	101	Anschrift (wenn vom Betroffenen angegeben)		19
	102	Telefonnummer (wenn vom Betroffenen angegeben)		19
	103	E-Mail-Adresse (wenn vom Betroffenen angegeben)		19
	104	Lichtbild (wenn vom Betroffenen angegeben)		19
	105	Ausbildungsdaten (wenn vom Betroffenen angegeben)		19
	106	Berufserfahrung und Lebenslauf (wenn vom Betroffenen angegeben)		19

107	Angestrebte Beschäftigung (wenn vom Betroffenen angegeben)	19
108	Beginn der angestrebten Beschäftigung (wenn vom Betroffenen angegeben)	19
109	Sprachkenntnisse	19
110	Spezielle Berufserfordernisse	19
111	Testergebnisse	19

Empfängerkreise:

- 1 Banken, die mit der Abwicklung des Zahlungsverkehrs für den Auftraggeber insbesondere mit der Auszahlung von Bezügen bzw. mit der Zuleitung von Bezugszetteln an den Betroffenen (auf freiwilliger Basis) betraut sind;
- 2 Dienststellen zum Zweck der Barauszahlung, Zuleitung der Bezugszettel an den Betroffenen sowie Vorgesetzte im Zusammenhang mit Entscheidungen über Leistungsprämien;
- 3 Gläubiger des Bezugsempfängers sowie sonstige an der allenfalls damit verbundenen Rechtsverfolgung Beteiligte, auch bei freiwilligen Bezugsabtretungen und Abzugsvereinbarungen;
- 4 Sozialversicherungsträger und Krankenfürsorgeeinrichtungen;
- 5 Finanzämter;
- 6 Übergeordnete Dienstbehörde (falls vorhanden);
- 7 Dienstbehörden und Dienststellen bei Versetzungen, Dienstzuteilungen usw., Pensionsbehörde beim Eintritt in den Ruhestand;
- 8 Alle Beamten und Personalvertreter der Dienststelle im Umfang des Personalverzeichnisses;
- 9 Organe der Personalvertretung, soweit die Zustimmung des Betroffenen und/oder die sonstigen Voraussetzungen des Personalvertretungsrechts vorliegen, sowie Betriebsräte, soweit die Zustimmung des Betroffenen und/oder die sonstigen Voraussetzungen des Arbeitsverfassungsgesetzes, insbesondere §§ 89 und 98 ff., vorliegen;
- 10 Mitversicherte;
- 11 Pensionskassen;
- 12 Gemeinden (bei Kommunalsteuerpflicht);
- 13 Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen und Dienststellen des Arbeitsmarktservice gemäß § 16 Abs. 2 und 3 BEinstG sowie die dort eingerichteten Behindertenausschüsse gemäß §§ 8 und 8a BEinstG;
- 14 Wahlausschüsse und Wahlvorstand gemäß § 14 der Betriebsrats-Wahlordnung 1974;
- 15 Öffentliche Stellen, die an Ernennungs- und Auszeichnungsakten beteiligt sind;
- 16 Arbeitsinspektorat oder sonst zuständige Behörde gemäß § 3 Abs. 6 MSchG oder vergleichbarer landesrechtlicher Vorschriften;
- 17 Dienstbehörden und Personalstellen zum Zweck der Anweisung von z. B. Nebentätigkeitsvergütungen, Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten mittels Fremd-ZVA durch die führende Dienstbehörde/Personalstelle;
- 18 Gesetzliche Interessenvertretungen im gesetzlich vorgesehenen Umfang (z. B. die Ärztekammer gemäß §§ 41 Abs. 6 und 91 Abs. 6 des Ärztegesetz 1998 (ÄrzteG 1998), BGBl. I Nr. 169, die Kammer für Arbeiter und Angestellte gemäß § 20 Abs. 5 der Arbeiterkammer-Wahlordnung, [BGBl. II Nr. 340/1998](#));
- 19 Organisationseinheiten, die in dienst- und/oder besoldungsrechtlichen Verfahren kraft gesetzlicher Anordnung mitzuwirken haben (z. B. Begutachtungskommission im Zusammenhang mit Aufnahmen und Bestellungen, Leistungsfeststellungskommission und Disziplinarbehörden);
- 20 Personen, denen gegenüber sich der Betroffene nicht namentlich zu legitimieren hat;
- 21 Personen, denen gegenüber sich der Betroffene namentlich zu legitimieren hat;
- 22 Rechnungshof z. B. gemäß Art. 1 § 8 BezBegrBVG;
- 23 Veröffentlichung mit ausdrücklicher Zustimmung des Betroffenen;
- 24 Vom Dienstnehmer angegebene Gewerkschaft, mit Zustimmung des Betroffenen;
- 25 Betriebliche Vorsorgekasse gemäß § 11 Abs. 2 Z 5 und § 13 BMSVG;
- 26* Auskunftswerber und Personen, die ein Anliegen im Wirkungsbereich des Auftraggebers vorbringen;
- 27 Stammzahlenregisterbehörde im Rahmen ihrer Befugnisse nach dem E-Government-Gesetz;
- 28 Bundesanstalt „„Statistik Österreich““;

- 29 Versicherungsunternehmen auf Grund der Zustimmung des Betroffenen im Rahmen der Zukunftssicherung gemäß § 3 Abs. 1 Z 15 lit. a EStG 1988;
 30 Versicherungsanstalt gemäß § 58 B-KUVG;
 31 Gerichte (im Rahmen des Disziplinarverfahrens);
 32 Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts (im Rahmen des Disziplinarverfahrens);
 33 Disziplinaranwalt und -anwältin;
 34 Disziplinarbehörden;
 35 Gesetzliche Vertreter und Sachwalter;
 36 Veröffentlichung im Internet;
 37 Auftraggeber des öffentlichen Bereichs, die Datenanwendungen im Portalverbund anbieten.

SA016 Mitglieder- und Funktionärsdatenverwaltung der Wirtschaftskammerorganisation

Zweck der Datenanwendung:

Erfassung, Verwaltung und Verwendung von Mitglieder- und Funktionärsdaten im Sinne des Wirtschaftskammergesetzes und dazu ergangener Verordnungen, einschließlich automationsunterstützt erstellter und archivierter Textdokumente (wie z. B. Korrespondenz) in diesen Angelegenheiten.

Höchstdauer der zulässigen Datenaufbewahrung:

Solange die Datenaufbewahrung zur Erfüllung der Aufgaben gemäß Wirtschaftskammergesetz 1998, BGBl. I Nr. 103, und den dazu ergangenen Verordnungen erforderlich ist.

Betroffene Personengruppen:	Nr:	Datenarten:	Empfängerkreise:
Mitglieder und ehemalige Mitglieder:	01	Ordnungsnummer,	1 - 9
	02	Bereichsspezifisches Personenkennzeichen: Wirtschaft (WT-WK)	10
	03	Daten zur Mitgliedschaft (z. B. Mitgliedsnummer, Mitgliedschaftsbeginn, Zuordnung zu Fachgruppen)	1 - 9
	04	Name; Anrede/Geschlecht, Firmenwortlaut, Bezeichnung des Rechtsträgers	1 - 9
	05	Staatsbürgerschaft	3 - 5, 7
	06	Anschriften	1 - 9
	07	Telefon-, Faxnummern und andere zur Adressierung erforderliche Informationen, die sich durch moderne Kommunikationstechniken ergeben	1 - 9, soweit nicht vom Betroffenen ausdrücklich untersagt
	08	Daten des Gewereregisters und sonstige Berechtigungsdaten	1 - 9
	09	Unternehmensdaten, insbesondere gemäß § 70 Abs. 3 WKG bekannt gegebene Daten	1 - 9
	10	Firmenbuchdaten	1 - 9
	11	Auszeichnungen	1 - 9
	12	Veröffentlichte Insolvenzdaten	1 - 9
	13	Daten betreffend Umlagen, Eintragungsgebühren und Sonderleistungen einschließlich Berechnungsgrundlage	1, 3, 5, 6
	14	Geburts- und Sterbedaten bei natürlichen Personen	1 - 9
	15	Bankverbindung	1, 3, 5, 6
	16	Mahndaten	1, 3, 5
	17	Daten zu den Kammerwahlen (z. B. Stichtage, Wahlberechtigung, Nominierung, Wahlvorschläge)	1, 7
	18	Daten über Kontakte mit dem Mitglied	1
	19	Daten zur Verwaltung von freiwilligen Unterstützungszahlungen der Kammergliederungen an die Mitglieder bzw. deren Angehörige (z. B. Einkommensverhältnisse, Antragsgründe, Leistungsdaten, Bankverbindung)	1, 3, 4, 5, 6
	20	UID-Nummer	1 - 9
	21	Korrespondenzsprache	1 - 9